

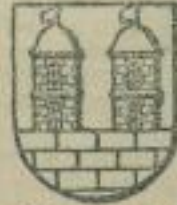
# Wilsdruffer Tageblatt

Zentralfacher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Abdruck nach dem Willen der Schrift- und Verlagsredaktion 5 Hfr für den folgenden Tag. Derzeitige Preis des Wochenblattes monatlich 4 M., bezw. wöchentlich 12 Pf., bei dem Abnehmer 4 M., bei dem Einzelnen 4 M. 50 Pf., durch die Post bezogen monatlich 12 M., ohne Postgebühren. Die Postgebühren und Postzinsen sowie andere Gebühren und Gebühren für den Abnehmer sind in dem Preis inbegriffen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Preis der Zeitung nach dem Verhältnisse der Zeitung oder der Zeitung bei dem Abnehmer zu erhöhen.



Abdruck nach dem Willen der Schrift- und Verlagsredaktion 5 Hfr für den folgenden Tag. Derzeitige Preis des Wochenblattes monatlich 4 M., bezw. wöchentlich 12 Pf., bei dem Abnehmer 4 M., bei dem Einzelnen 4 M. 50 Pf., durch die Post bezogen monatlich 12 M., ohne Postgebühren. Die Postgebühren und Postzinsen sowie andere Gebühren und Gebühren für den Abnehmer sind in dem Preis inbegriffen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Preis der Zeitung nach dem Verhältnisse der Zeitung oder der Zeitung bei dem Abnehmer zu erhöhen.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inhaber: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 277.

Dienstag den 30. November 1920.

79. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Viehählung.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 12. November 1920 findet am 1. Dezember eine

#### Viehählung

statt. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel, zahme Kaninchen und auf die Arbeitsverwendung der Pferde.

Die Aufnahme erfolgt mittels Ortslisten nach dem Stande in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember 1920.

Die Beteiligten sollen den mit der Nachprüfung beauftragten Stadtrat in zweckdienlicher Weise Auskunft erteilen.

Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wilsdruff, am 28. November 1920.

123

Der Stadtrat.

### Keine Zeitung für eilige Leser.

Wie verlautet, haben die Berliner Verhandlungen des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr ein günstiges Ergebnis für die bayerischen Einwohnererwerbten gehabt.

Der langjährige Kommandierende General des 17. Armeekorps, General v. Rense, ist 88 Jahre alt. In Wiengerode verstorben.

Arthur Geißhards, genannt stellvertretender Präsident der Weichen Republik und Führer der Einmischbewegung, wurde verhaftet.

Aus New York wird berichtet, daß Harding die Absicht habe, sofort nach der Erklärung des Friedenszustandes Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Völkerbundes zu eröffnen.

### Mit starker Hand!

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Für unsere nur allzu raschlebige Zeit sind die Tage des Berliner Elektrizitätsstreiks schon nahezu vergessen und vergangen: wir haben schon wieder mit anderen Sorgen zu kämpfen. Aber es ist ganz gut, daß sie uns durch die Interpellation der deutschnationalen Volkspartei des Reichstages wieder in Erinnerung gebracht werden. Denn wer kann wissen, wie bald irgend jemand abermals auf den Knopf zu drücken für gut befindet, um ganz Berlin wieder einmal „springen“ zu lassen?

Schon der erste Tag der Interpellationsdebatte hat gezeigt, daß über alle trennenden politischen Gegensätze hinweg im deutschen Bürgerum doch eine gewisse Ähnlichkeit des Denkens und Fühlens anzutreffen ist. Wenn der demokratische Reichsminister des Innern Dr. Koch erklärt, daß er mit allem, was der deutschnationale Vertreter der Interpellation, der frühere Berliner Stadtrat Berndt, über die Anfänge des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks gesagt hatte, durchaus einverstanden sei, so wird er für diese Offenherzigkeit sicher viel Anerkennung finden. Auch Herr Dr. Koch betonte den starken politischen Einschlag dieses wilden Streiks und stellte fest, daß er von Sabotageakten begleitet war, die die Fortführung des Betriebes verhindern und verhindern sollten. So fehlte es den Kronenräubern an Licht, und die Ärzte konnten nicht arbeiten, so daß bestimmt behauptet wird, es seien auch Todesfälle eingetreten. Die Baugruben der Untergrundbahn liefen voll Wasser und gefährdeten so die benachbarten Häuser und das Leben ihrer Bewohner. Der Signalkehl auf der Stadt- und Ringbahn wurde lahmgelegt, was mehrere Verkehrsunfälle zur Folge hatte. Die Selbstverwaltung und die Landesregierung vermochten nicht durchzugreifen. Da griff das Reich ein, was durch die bekannte Verordnung des Reichspräsidenten geschehen ist, deren Aufhebung jetzt von den ankämpfenden Parteien gefordert wird. Herr Dr. Koch aber erklärte, daß daran nicht zu denken sei, daß die Verordnung vielmehr erst durch das in Vorbereitung befindliche Schlichtungsgesetz abgedrückt werden würde. Die Regierung werde solchen künftigen Streiks, wie ihn Berlin erleben mußte, wirksam und frühzeitig begegnen, wenn es nicht anders sein kann, unter Hinzuhilfe der technischen Ratschläge, an deren weiterem Ausbau fleißig gearbeitet werde. Auf sie könnte solange nicht verzichtet werden, als nicht in allen Schichten das Verständnis dafür, wie sehr solche wilden Streiks das Wirtschaftsleben zu zerrütten geeignet sind, sich durchgesetzt hat und solche durch den Willen der Arbeiterschaft selbst unterdrückt werden. Die Reichsregierung sei fest entschlossen, allen Versuchen, einer Verewaltung des Volkes durch eine Gruppe politischer Unruhestifter mit aller Kraft entgegenzutreten. Darüber hinaus sollte der Minister für den kurz zuvor in der Berliner Stadtverordnetenversammlung offen angedrohten Fall einer Wiederholung des „revolutionären“ Aktes der Elektrizitätsarbeiter mit Sabotagehandlungen die Sperrung der Betriebe für die schuldigen Arbeiter in Aussicht. „Ja werde mich nicht dazu hergeben, ihnen, die die Gabel des Staates in der Hand haben, eine solche Gelegenheit wiederzugeben.“ Wir werden es, betonte Dr. Koch mit Entschiedenheit, mit starker Hand verhindern, daß eine Handvoll Arbeitsunflätiger auf der äußersten Linken das deutsche Volk beunruhigt.

Durch diese ungeschminkte Ankündigung ist natürlich zunächst einmal die äußerste Linke des Reichstages hart „beunruhigt“ worden. Aber auch der Redner der Mehrheitsdemokraten, der nach dem Minister zunächst zum Wort

kam, schlug in dessen Rede. Er hielt den Maßstab vor, wie sie den Oberbürgermeister Wermuth durch ihr Verhalten zum Rücktritt gezwungen hätten, denselben Oberbürgermeister, der während des Streiks der Elektrizitätsarbeiter eine nach Ansicht der bürgerlichen Kreise von den Demokraten bis zu den deutschnationalen zu weit entgegenkommende Haltung gegenüber den Streikenden einnahm. Der sozialistische Redner sprach von Bewissenlosigkeit, von Versündigung an den Interessen der Arbeiter und gab seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß, wenn die äußerste Linke einmal ans Ruder kommen sollte, es mit der Freiheit des Arbeiters vorbei sein würde. Trotzdem fordert allerdings seine Fraktion von der Regierung die sofortige Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten. Selbst der Vertreter des rechten Flügels der Unabhängigen mußte zugeben, daß die Stadt gar nicht in der Lage gewesen sei, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, und daß Gewerkschaften wie Betriebsräte für eine friedliche Erledigung der Meinungsverschiedenheiten gewesen seien. Solche wilden Streiks gefährdeten nur die junge Freiheit: „denn fort mit den Schwämmen, die heute mit einem neuen Streik drohen!“ sagte er. Und der Redner der demokratischen Partei legte Protest dagegen ein, daß Leute wie der Streikführer Enß und Genossen die deutsche Arbeiterbewegung verächtlichen und auf den Rand bringen. Soweit also herrscht Übereinstimmung auf der ganzen Linie. Der Widerspruch der ausgesprochen kommunistischen Linken soll erst noch kommen. Aber „die starke Hand“ des Ministers Koch kann sich, das scheint feststehen, auf eine ausreichende Mehrheit der Volksvertretung stützen.

### Keine Spaltung der Zentrumspartei.

Die mißverständliche Rede Siegerwalds. Von unterrichteter Zentrumsseite wird erklärt: Der preussische Minister Siegerwald hat, wie berichtet, auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen am 20. d. Mts. eine Rede gehalten, die in der zentrumsgewerkschaftlichen Presse eine Auslegung nach der Richtung erhielt, daß eine Spaltung der Zentrumspartei oder die Gründung einer neuen Partei bevorstehe. Wie wir zuverlässig aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird die Rede vielfach mißverständlich ausgelegt, weil sie nur in Andeutungen und auch insoweit nicht immer in zutreffender Fassung wiedergegeben ist. In wenigen Tagen wird eine Broschüre mit einem zuverlässigen Text der Rede erscheinen. Aber die dieser Rede Siegerwalds zugrunde liegenden Gedankengänge sind bereits auf der letzten Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 31. Oktober dieses Jahres verhandelt worden. Eine Loslösung vom Zentrum — etwa durch die Gründung einer neuen Partei — wird von keiner Seite beabsichtigt. Bei der Tagung des Bundesauschusses der preussischen Zentrumspartei am 12. und 13. Dezember wird die Angelegenheit für Preußen erörtert werden. Gleichfalls ist darauf aufmerksam zu machen, daß vom Reichsausschuss der Zentrumspartei eine Kommission zur erneuten Durchprüfung und Ausgestaltung des Zentrumsprogramms eingesetzt wurde. Die Beratungen dieses Ausschusses werden voraussichtlich sich ebenfalls auf diese Frage erstrecken. Das Ergebnis der Beratungen soll dem zweiten Reichsparteitag vorgelegt werden, der in einigen Monaten stattfinden dürfte.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Ein Beihilfenachtraggesetz. Ein Beihilfenachtraggesetz für das laufende Etatsjahr wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, dem Reichstag demnächst zugehen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Vereinfachung von Mitteln zur Beschaffung von Lebens- und Düngemitteln aus dem Ausland.

Fürbischof; Vertram an den oberösterreichischen Merus. Der Fürbischof von Breslau erläßt eine oberbischöfliche Verordnung, wonach er sich im Hinblick auf zahlreiche Klagen und betrübende Vorkommnisse im oberösterreichischen Abtinnungsgebiete nach eingehender Verhandlung mit dem Heiligen Stuhle um Schutze der Würde des geistlichen Standes sowie der bedeutsamen Interessen der Kirche, des Merus und der Gemeinden gendigt sieht, bei Strafe der Suspension allen Priestern und Merikern jedweder Nationalität und Sprache strengstens zu verbieten, an einer politischen Demonstration teilzunehmen oder irgend welche politische oder andere Reden zu halten ohne die ausdrückliche Erlaubnis des diözesanen zuständigen Pfarrers. Wären nicht in der Breslauer Diözese inkardinierter Priester zu

überdies im oberösterreichischen Abtinnungsgebiete aus strengste jedwede politische Agitation verboten, möge sie im Gatten von Reden oder in der Teilnahme an Demonstrationen bestehen und mit oder ohne Zustimmung des Pfarrers geschehen.

Der neue Nuntius für München. Als Nachfolger des zum diplomatischen Vertreter der Kurie beim Deutschen Reich ernannten bisherigen Nuntius in München, Monsignore Pacelli, der in kurzem nach Berlin abberufen wird, ist der Nuntius in Buenos Aires, Basilio di Correggio, auszuwählen. Es heißt, daß der für den Münchner Nuntius bisher genannte Machetti, dem gegenüber ein Teil der bayerischen Presse eine wenig freundliche Haltung eingenommen hat, zum Nuntius in Wien ernannt werden wird.

Auflösung der Bremer Stadtwehr. Im Bremischen Parlament (Bürgerhaus) wurde ein Antrag (H. S. 2.) über die Auflösung der Bremer Stadtwehr gestellt, mit 49 gegen 47 Stimmen angenommen. Für denselben stimmten die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Kommunisten; gegen den Antrag stimmten die bürgerlichen Parteien. Dies kann zu einer Kabinetskrise führen, falls der Senat die Auflösung der Stadtwehr ablehnt.

Schutz der deutschen Gräber in Frankreich. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, um das Gesetz vom 29. Dezember 1918, betreffend die Gräber aller Soldaten des Landesheeres und der Marine der französischen und alliierten Heere, die während des Krieges gestorben sind, auch auf die deutschen Gräber in Frankreich anzuwenden. Dieses Gesetz ist nach den Bestimmungen des Artikels 225 des Friedensvertrages ausgearbeitet, der der französischen Regierung die Verpflichtung auferlegt, die deutschen Gräber zu respektieren und zu unterhalten. Die bereits vorhandenen deutschen Gräber sollen erhalten bleiben, die Einzelgräber sollen zusammengelegt werden. Diese Friedhöfe werden vom Staate erworben und unter seinen Schutz gestellt.

#### Frankreich.

Die Menschenverluste aller kriegsführenden Staaten. Der Abgeordnete Martin hat der französischen Kammer einen Antrag unterbreitet, den Austausch für Heer und Marine zu erfordern, den genauen Menschenverlust aller kriegsführenden Staaten festzustellen. Dem Entwurf ist eine Begründung beigegeben, in der ungefähr die Zahl der Verluste aller am Kriege beteiligten Staaten angegeben wird. Die Zahl der Verluste Frankreichs bis zum Juli 1919 wird auf 1.838.000 geschätzt, was 16,44 Hundertstel der Verluste aller mobilisierten Staaten ausmacht.

#### Großbritannien.

Friedensangebot an Sun-Fein. Der englische Militärpräsident erklärte im Unterhaus, daß die englische Regierung bereit sei, mit Island in Verhandlungen über ein Friedensabkommen zu treten. Diese Unterhandlungen müßten stattfinden mit den Sinnfein-Mitgliedern des Parlaments. Die Regierung tue ihr Bestes, den Zustand der Weisheitslosigkeit aufzuheben und suche nach einem Friedensweg.

#### Griechenland.

Au das griechische Volk hat die neue Regierung eine Proklamtion gerichtet, in der es heißt: Durch die Wahl vom 14. November hat das griechische Volk klar seinen Willen in der Dynastiefrage kundgegeben, welche von denen aufgeworfen wurde, die das Volk durch seine Stimmentzettel zurückgewiesen hat. Es hat durch die Wahl aus der Regierung diejenigen ausgemerzt, die dem König Konstantin sein Recht auf den griechischen Thron bestritten. Die Umstände, unter denen der König das Land verlassen mußte, machen es notwendig, auch über die Rückkehr des Königs durch Volksentscheid zu bestimmen. Für Sonntag, den 5. Dezember, wird das Volk zu den Wahlen gerufen, um durch geheime Abstimmung der Regierung den Auftrag zu erteilen, dem König die Bitte zu unterbreiten, in sein Land zurückzukehren und dort sein hohes Amt auszuüben.

#### Deutscher Reichstag.

(37. Sitzung.)

02. Berlin, 27. November.

Die heutige Sitzung brachte die Fortsetzung und den Schluß der Verhandlungen über die Interpellation wegen des

#### Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter.

Zuerst sprach heute der Abg. Albrecht (Deutsche Sp.). Unter anderem betonte er, der Berliner Magistrat hat sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die ihm die Verwaltung einer Millionenstadt anvertraut. Auch der preussischen Regie-